



Pressemitteilung

Städtetag Baden-Württemberg · Postfach 10 43 61 · 70038 Stuttgart ·
Tel. (0711) 229 21-0 · Fax (0711) 229 21-42
Mailadresse post@staedtetag-bw.de · Internetangebot <http://www.staedtetag-bw.de>

Az. ST 852 – P 171/2013 – Telefon 0711/22921-13 - Mailadresse norbert.brugger@staedtetag-bw.de

Stuttgart, 24. März 2013

Regionale Schulentwicklung, Gemeinschaftsschule und Ganztagsschule im Städtetagsschulausschuss mit Kultusminister Stoch MdL

Regionale Schulentwicklung, Gemeinschaftsschule und Ganztagsschulen standen im Mittelpunkt eines Besuchs von Kultusminister Stoch im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport des Städtetags Baden-Württemberg, der in Lörrach tagte.

Einhellige Zustimmung fand der Minister im Fachgremium mit der Ankündigung, spätestens Mai den Entwurf für ein **Schulentwicklungskonzept** vorzulegen, welches auf kommunalen Konsens setzt und bei Konflikten unter Kommunen über künftige Schulstandorte auf die Vermittlung durch das jeweilige Staatliche Schulamt und Regierungspräsidium baut. „Schulentwicklung kann nicht aus Stuttgart für alle Regionen des Landes verordnet werden. Sie ist vor Ort zu gestalten“, hob der Minister hervor. Städtetagshauptgeschäftsführer OB a. D. Prof. Gläser begrüßte diese Ankündigung: „Minister Stoch liegt damit goldrichtig. Schulentwicklung kann nur dezentral gelingen, weil die Städte und Gemeinden selbst am besten wissen, wie auf die Veränderungen in der Schulnachfrage zu reagieren ist. Dafür benötigen sie allerdings klare Rahmenbedingungen des Landes, die noch fehlen, beispielsweise in Gestalt von Schulmindergrößen.“ Stoch kündigte an, diese Bedingungen seien Teil seines Konzepts.

Zur Einführung der **Gemeinschaftsschule** im Konsens mit allen anderen Schularten schlug der Städtetag dem Minister einen Maßnahmenkatalog folgenden Inhalts vor:

1. Ziele der Schulweiterentwicklung festlegen (langfristig Zweisäulenmodell)
2. Verständigung mit allen Schularten über die Ziele herbeiführen
3. Über Gemeinschaftsschulpädagogik ausführlicher und differenzierter informieren
4. Gemeinschaftsschule im pädagogischen Bereich flexibilisieren (leistungsheterogene Lerngruppen und leistungshomogene Kurse zulassen)
5. Gemeinschaftsschule beim Ganztagsbetrieb flexibilisieren (gebundene, teilgebundene und offene Ganztagsangebote ermöglichen)

6. Schulverbände zwischen Gemeinschaftsschulen und anderen Schulen generell und ohne Sonderbedingungen zulassen, damit unterschiedliche Schularten ausreichend Zeit für ihr Zusammenwachsen erhalten
7. G9-Gymnasien als Gemeinschaftsschulpartner bedarfsgerecht zulassen

Der Minister war erfreut über die positiven Rückmeldungen der rund 30 Bürgermeister zur Gemeinschaftsschule. Er ließ in der Diskussion Verständnis für den Wunsch erkennen, die **Zulassung von Schulverbänden** zwischen Gemeinschaftsschulen und Realschulen oder Werkrealschulen zeitlich auf fünf Jahre oder gar nicht zu befristen. „Ich werde die Aufnahme dieses Städtetagsanliegens in das Schulentwicklungskonzept prüfen lassen und mich hierzu bald äußern.“ Prof. Gläser zeigte sich über diese Ankündigung erfreut. „Viele Städte und Schulen brauchen sehr dringend den Trittstein Schulverbund für ihre Weiterentwicklung. Mit der organisatorischen Zusammenführung beispielsweise von Realschulen und Gemeinschaftsschulen unter einem Dach wird gegenseitiges Kennenlernen ohne Zwang ermöglicht – und damit beidseitig ein „Wandel durch Annäherung“ ausgelöst. Das braucht aber Zeit und darf deshalb nicht unter Zeitdruck geschehen“, so Gläser.

Der Minister kündigte an, dass das Land künftig die **Ganztagschulregelungen** an veränderte Anforderungen der Praxis anpassen will. Die bisherige Unterscheidung zwischen Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung (sog. Brennpunktschulen) und Ganztagschulen in offener Angebotsform stamme aus einer Zeit, in der Ganztagsangebote teilweise stigmatisierende Wirkung für diese Schulen hatten, obwohl die Ursachen häufig etwa im privaten Bereich lagen. „Heute werden die pädagogisch wertvollen Ganztagsangebote von Schulen und Eltern sehr geschätzt. Wir werden deshalb die Regelungen an die Realität anpassen und damit zum Schuljahr 2014/15 mit den Grundschulen beginnen“, betonte der Minister.

Bürgermeisterin Doris Schröter aus **Bad Saulgau** nahm auf Städtetagseinladung an der Ausschusssitzung als Gast teil. Sie berichtete über das Ergebnis des Bürgerentscheids zur **Gemeinschaftsschule** in ihrer Stadt am 20. Januar 2013 und die aufgrund dieses Ergebnisses gemäß Gemeindeordnung erforderliche weitere Beratung über die Gemeinschaftsschuleinführung im Saulgauer Gemeinderat. Der Minister nahm ihren Bericht zum Anlass dazu aufzufordern, die Schulpolitik möglichst sachgerecht zu diskutieren. „Wir müssen bei diesen Entscheidungen tiefe Gräben vermeiden, um den Streit nicht auf dem Rücken unserer Kinder auszutragen.“